

Schriftliche Anfrage betreffend Einführung einer Meldestelle für Antisemitismus, Rassismus, interreligiöse Konflikte und Radikalisierung an Basler Schulen

24.5182.01

Seit dem Massaker der Hamas in Israel vom 7. Oktober 2023 sind weltweit antisemitische Vorfälle stark angestiegen. In der Schweiz hat die Meldestelle für antisemitische Vorfälle des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes SIG in sechs Wochen nach dem Angriff der Hamas beinahe doppelt so viele Vorfälle verzeichnet wie normalerweise in einem ganzen Jahr.

Im vergangenen Jahr sind gemäss der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus in der Schweiz so viele rassistische Vorfälle gemeldet worden wie noch nie. Zum ersten Mal betreffen die meisten Meldungen nicht Vorfälle am Arbeitsplatz, sondern solche an Schulen.¹

Ein 15-Jähriger hat am 2. März 2024 einen orthodoxen Juden in Zürich niedergestochen und lebensgefährlich verletzt. In einem Bekennervideo, das nach der Tat auftauchte, hat der Täter dem Islamischen Staat seine Treue geschworen und erklärt, dass es sein Ziel sei, möglichst viele Juden zu töten. Viele Fragen zum Fall sind noch offen, insbesondere auch, wie sich der 15-Jährige zum glühenden IS-Anhänger entwickeln konnte.

An den Schulen haben die interreligiösen Konflikte stark zugenommen, speziell nach Ausbruch des Gazakrieges im letzten Oktober. Wenn sich Jugendliche radikalieren, sind *Schulen und Lehrpersonen* stark gefordert, jedoch bleiben Radikalisierung und Alarmzeichen oft unerkannt und Frühwarnsysteme versagen. Oft wissen Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen oder Eltern nicht, an wen sie sich in solchen Situationen wenden sollen.

Die Stadt Zürich geht hier entschieden voran. Das Schul- und Sportdepartement hat als Sofortmassnahme eine Meldestelle für Fälle von Antisemitismus, Rassismus, interreligiösen Konflikten oder Radikalisierung an Schulen angekündigt. Die Meldestelle soll bei der Fachstelle für Gewaltprävention angesiedelt werden, die ebenfalls zum Schul- und Sportdepartement gehört.²

Der Regierungsrat wird daher um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie werden Fälle von antisemitischen, rassistischen und interreligiösen Konflikten an Basler Schulen systematisch erfasst?
2. Welche Fachstelle innerhalb der Verwaltung ist für die zentrale Erfassung solcher Vorfälle verantwortlich?
3. Wie viele gemeldete Fälle von Rassismus an Basler Schulen sind dem Regierungsrat bekannt?
4. Welche Möglichkeiten bestehen heute für Lehrpersonen, Eltern oder Schülerinnen und Schüler, sich bei konkreten Verdachtsfälle an eine Meldestelle zu wenden?
5. Ist der Regierungsrat bereit, dem Zürcher Vorbild zu folgen und innerhalb des Erziehungsdepartements eine Meldestelle für Antisemitismus, Rassismus, interreligiöse Konflikte und Radikalisierung an Schulen anzusiedeln?
 - Falls nein: Wie begründet er seine ablehnende Haltung?

¹ <https://www.srf.ch/news/schweiz/rassismus-in-der-schweiz-immer-mehr-rassistische-vorfaelle-an-schulen-gemeldet>

² https://www.stadt-zuerich.ch/ssd/de/index/departement_schul_sport/medien/medienmitteilungen/2024/03/meldestelle-antisemitismus-rassismus-interreligioese-konflikte-und-radikalisierung-an-schulen.html

Andrea Strahm